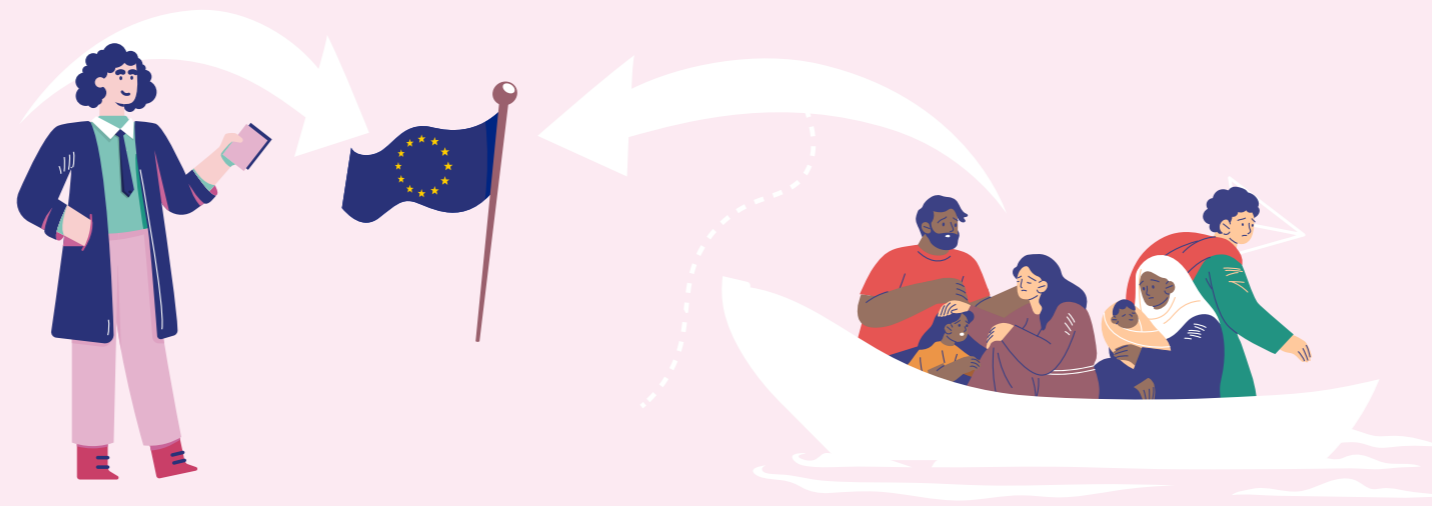


# 13 MIGRATION



## » Wie kann Europa von Migration profitieren? Wie kann eine menschenfreundliche Asylpolitik aussehen und das Sterben von Menschen im Mittelmeer beendet werden? «

**DIE LINKE.**

Folgen

Die EU-Asylpolitik muss komplett anders werden. Wir brauchen sichere Fluchtwege nach Europa. Vorverlagerung von Grenzkontrollen und shady Deals mit Diktaturen wie der Türkei oder Tunesien lehnen wir ab. Frontex muss zu einer EU-finanzierten Seenotrettungsorganisation umgebaut werden. Seenotrettung von Aktivist\*innen darf nicht kriminalisiert werden. Das Europäische Asylsystem lässt Menschen sterben und ist ein Einknicken vor den Rechten. Schutzsuchende müssen menschenwürdig versorgt und untergebracht werden. Die Kosten für die Aufnahme von Schutzsuchenden Menschen müssen solidarisch von allen EU-Staaten getragen werden. Aufnahmebereite Länder, Städte und Regionen sollen mit EU-Mitteln besonders unterstützt werden.

**SPD**

Folgen

Die EU-Länder profitieren sehr davon, dass ihre Bürger\*innen frei sind, in allen Mitgliedsstaaten zu leben und zu arbeiten. Weil so viel zu tun ist, brauchen wir in Deutschland aber noch mehr Arbeitskräfte, die aus dem Nicht-EU-Ausland kommen sollen. Dafür wollen wir die Regelungen vereinfachen. Zudem fliehen Menschen in die EU, um hier Schutz zu suchen. Hier wollen wir, dass alle (!) Mitgliedstaaten mit dafür sorgen, dass das mit viel Menschlichkeit und ordentlichen Asyl-Verfahren passiert.

**Freie Demokraten  
FDP**

Folgen

Die Bevölkerung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union schrumpft. Deshalb brauchen wir dringend Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass kluge Köpfe in den europäischen Arbeitsmarkt einwandern. Auf der anderen Seite muss die Migration von Menschen ohne Bleiberecht in die EU reduziert werden. Wir wollen schnellere Asylverfahren und konsequente Rückführungen. Um das Sterben von Menschen im Mittelmeer zu beenden, befürworten wir die Einrichtung Europäischer Asylzentren an der EU-Außengrenze. Dort sollen schnelle und effiziente Asylverfahren gewährleistet werden. Außerdem wollen wir Fluchtursachen bekämpfen.

**AfD**

Folgen

**Warum steht hier nichts?**  
Die Antwort steht auf der Seite 4.

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

Folgen

Europa braucht Migration, denn uns fehlen Hunderttausende Fach- und Arbeitskräfte. Gleichzeitig müssen wir unserer Verantwortung gerecht werden und Menschen Schutz bieten, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Wenn es mehr Möglichkeiten gibt, legal nach Europa zu kommen, fliehen weniger Menschen über gefährliche Fluchtrouten. Menschenrechte müssen auch an den Außengrenzen geachtet werden. Schutzsuchende sollten fair in Europa verteilt werden, sowie faire und schnelle Asylverfahren bekommen. Arbeitsverbote gehören abgeschafft. Das Sterben auf dem Mittelmeer muss endlich beendet werden. Dafür wollen wir eine europäisch koordinierte Seenotrettung schaffen. Wir wollen auch die staatliche Unterstützung ziviler Seenotrettungsorganisationen verbessern.

**CDU  
CSU**

Folgen

Von der legalen Zuwanderung von Fachkräften profitieren wir in Deutschland und Europa. Diese wollen wir durch die digitale Bearbeitung und die schnelle Erteilung von Arbeitsvisa erleichtern.

Davon unabhängig stehen wir zu unserer humanitären Verpflichtung, verfolgten Menschen zu helfen. Dies geht nur, wenn wir die irreguläre Migration stoppen. Wir müssen unsere EU-Außengrenzen besser schützen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll zu einer echten Grenzpolizei und Küstenwache werden. Auch wollen wir das Konzept der sicheren Drittstaaten umsetzen. D. h., dass die Asylverfahren außerhalb der EU in Partnerstaaten stattfinden, die rechtsstaatliche Verfahren garantieren. Europa soll darauf basierend Kontingente schutzbedürftiger Menschen aufnehmen.

### DAS STECKT HINTER DIESER FRAGE

Seit Jahren fliehen Menschen aus den über das Mittelmeer nach Europa. Jedes Jahr werden tausende Menschen vermisst oder sterben dort. 2023 waren das laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen mindestens 3.760 Menschen.